

Légation de Suisse
 en
 France

Vichy, den 17. November 1943.

A.2. 43. Nr. 21.

Bu circulation -

19.11.43

P. G.

Herr Bundesrat,

Ueber die letzten Ereignisse, die sich hier abgespielt haben und über die ich bereits kurz berichtete, möchte ich Ihnen zusammenhängend folgendes mitteilen :

Die im ganzen Lande stark gestiegene innere Spannung, die sich immer mehr in täglichen Attentaten, Sabotageakten und Verbrechen aller Art äussert und äussert, hat den Staatschef schon seit längerer Zeit mit grosser Sorge erfüllt. Gewiss zutreffend ist ihm von vielen Seiten gesagt worden, Frankreich würde, falls er, der Marschall, verschwinden sollte, unweigerlich in Anarchie und Chaos stürzen, da weder der jetzige Regierungschef noch das Ministerium als ganzes in einem solchen Falle fähig wären, die Ordnung auch nur einigermassen aufrecht zu erhalten. Dazu kommt, dass sich immer mehr zeigt, wie stark das ganze französische Volk immer noch republikanisch denkt und wie sehr ihm die neue autoritäre Ordnung fremd, ja verhasst ist. Dass die sogenannte

...

Herrn Bundesrat PILET-GOLAZ,
 Chef des Eidgenössischen Politischen
 Departementes,

B E R N

=====



- 2 -

" révolution nationale " gründlich gescheitert ist, kann wirklich niemandem verborgen bleiben.

Aus diesen Gedankengängen heraus hat sich der Staatschef langsam zum Entschluss durchgerungen, für den Fall seines Ablebens eine andere rechtliche Ordnung vorzusehen, als dies bisher der Fall war, eine Ordnung der man jedenfalls nicht den Vorwurf der Illegalität machen könnte. Er hat über diese wichtige Frage verschiedene Persönlichkeiten zu Rate gezogen, insbesondere seinen ständigen Vertrauensmann Lucien Romier, sowie den früheren Minister Moisset, nicht aber seinen Regierungschef, Pierre Laval. Diesen liess er letzten Freitag gegen Abend zu sich kommen und teilte ihm kurz mit, er habe sich zu einer Neuordnung seiner Nachfolge entschlossen. Er gab ihm Kenntnis vom redigierten Gesetztestext sowie von der kurzen Ansprache, die er tags darauf um 13 Uhr 30 an das französische Volk zu richten wünsche. Laval, sehr überrascht und auch nicht wenig verletzt über die Art des Vorgehens, antwortete, er wolle gegen diesen Schritt nicht unbedingt opponieren, möchte sich aber immerhin die Angelegenheit eingehender überlegen und wünsche vor allem, dass der Staatschef der Besatzungsmacht von dieser Absicht Kenntnis gebe und sie nicht einfach vor ein " fait accompli " stelle. Sein Schritt könnte, nach Ansicht von Laval, doch geeignet sein, die französisch-deutsche Atmosphäre, die durch das letzte Abkommen Laval-Sauckel etwas entspannt war, ernstlich zu gefährden. Der Marschall vertrat mit Leidenschaft den Stand-

...

punkt, dass es sich um eine rein innerpolitische Angelegenheit handle und dass er für diesen Schritt keineswegs die Zustimmung der Besatzungsbehörden einzuholen brauche. Er liess sich immerhin bestimmen, am Samstag Vormittag dem diplomatischen Vertreter Deutschlands, Krug von Nidda, von den beiden Texten Kenntnis zu geben. Dieser erklärte, angesichts der Wichtigkeit des Problems, nicht sofort Stellung nehmen zu können und ersuchte um Verschiebung der Radioansprache. Da das französische Radio schon seit dem Morgen eine Ansprache des Marschalls angekündigt hatte, so erklärte sich dieser nur widerstrebend mit einer Verschiebung einverstanden, gab aber seine Absicht kund, die Ansprache jedenfalls um 19 Uhr 30 des gleichen Tages zu halten und den Gesetzestext im "Journal officiel" von Montag früh erscheinen zu lassen.

Im Verlaufe des Samstag Nachmittag brachte das französische Radio wiederholt die Meldung, der Staatschef werde um 19 Uhr 30 sprechen. Auf die gleiche Zeit waren einige fremde Journalisten ins Informationsministerium gebeten worden, um die Texte zur Kenntnis zu nehmen.

Als um 19 Uhr 30 diese Journalisten die beiden Texte stenographiert hatten, kam plötzlich ein Beauftragter des Regierungschefs mit dem bestimmtesten Befehl, es dürfe nichts publiziert und nichts ins Ausland berichtet werden,

...

- 4 -

der Marschall habe die beabsichtigte Ansprache am Radio nicht gehalten. Es war nämlich kurz vorher von der deutschen Botschaft in Paris dem Marschall die bestimmteste Weisung übermittelt worden, die Radioansprache zu unterlassen, mit der Ankündigung, dass das "Studio" militärisch besetzt sei und man nötigenfalls mit Gewalt verhindern werde, dass der Gesetzestext und die Botschaft zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangten. Dieses Verbot sei insofern nicht endgültig, als die deutsche Botschaft in Paris die beiden Texte an das Führer-Hauptquartier weiter telegraphiert habe und von dort endgültige Weisungen erwarte. Erläuternd wurde der deutsche Standpunkt dahin umschrieben, dass man im beabsichtigten Schritt nicht eine nur innerpolitische Angelegenheit erblicken könne, da eine Auswirkung auf die deutsch-französischen Beziehungen und auf die "collaboration" mehr als wahrscheinlich sei. Auch wenn nämlich das alte, viel geschmähte Parlament, von Marschall Pétain sehr oft als Quelle alles Unglückes öffentlich angeprangert, nicht sofort wieder in Funktion trete, so würde doch die Publikation alle diese Kreise der früheren Parlamentarier und ihre Anhänger gewaltig stärken. Es sei aber ein offenes Geheimnis, dass alle diese Kreise geschworene Feinde Deutschlands und der französisch-deutschen Zusammenarbeit seien.

Der Marschall zeigte sich über diese deutsche Intervention ausserordentlich erregt, beharrte auf dem rein innerpolitischen Charakter seines Schrittes und auf dem Recht

...

ohne deutsche Zustimmung sein politisches Testament zu machen. Er werde, fügte er bei, weder seine Absicht, noch den Wortlaut der beiden Texte im geringsten ändern, beuge sich der brutalen Gewalt und stelle seine Funktionen als Staatschef ein, so lange man ihn gewaltsam an der Durchführung seiner Absicht hindere.

Der Regierungschef Laval, der, ~~obwohl~~ er sicher nicht mit Unrecht, über das Vorgehen des Staatschefs verletzt war und in diesem auch eine stark gegen ihn persönlich gerichtete Massnahme erblickte, verhielt sich anfänglich ziemlich indifferent. Seit gestern aber soll er in immer stärkere offene Opposition gegen den Marschall treten und sich den deutschen Standpunkt weitgehend zu ^{El} Augen machen.

Das ist die gegenwärtige Situation, die mir in ihren wesentlichen Zügen heute Mittag von Marschall Pétain persönlich bestätigt worden ist. Ich hatte nämlich den Wunsch ausgedrückt, ihm durch einen Besuch für die Teilnahme danken zu können, die er mir anlässlich des Hinschiedes meines Sohnes durch den französischen Botschafter in Bern und durch seinen Kabinettschef hatte ausdrücken lassen. Er hat mich daraufhin heute "à titre amical" empfangen, war ausserordentlich teilnehmend und warmherzig und in seinem ganzen langen Gespräch frischer und lebhafter als je. Er wiederholte zwei Mal: "Je n'accepte pas que l'on m'empêche à faire mon testament politique". Er sei auf das tiefste besorgt über die innerpoliti-

sche Entwicklung und über die Zukunft seines Landes. In seinem Alter könne jederzeit ein Unglück eintreten

und er wolle und müsse dafür sorgen, dass in diesem Falle in Frankreich eine legale Macht sich der Anarchie entgegenstemmen könne. Er sehe keine andere, als die letzte vom Volk gewählte Autorität, wohlwissend dass diese schwere Sünden begangen habe und dass er sich mit diesem Schritte in einen Gegensatz zu seinen eigenen früheren Erklärungen stelle. Er glaube aber nicht, dass es einen andern Weg gebe, der immer stärkeren Bolschewisierung Frankreichs entgegentreten und dem immer mehr rein kommunistisch werdenden Befreiungskomitee in Algier ein Gegengewicht gegenüber zu stellen. Andernfalls, fügte er bei " les Français deviendraient de très mauvais voisins pour la Suisse ".

Diese Ereignisse der letzten Tage haben die Diskussionen über eine Umbildung der Regierung stark überschattet. Im ganzen Lande hat sich schon seit einiger Zeit unter Führung von de Monzie und Bonnet ein " mouvement républicain " abgezeichnet, das in heftiger Weise unter der Hand gegen Laval Stimmung macht. Dieser Bewegung sollte vor allem aus der Arbeitsminister Lagardelle geopfert werden. Ueber die Beseitigung der militantesten Kollaborationisten Abel Bonnard und Marion war dagegen der Entscheid noch nicht gefällt. Es ist sicher, dass der Entschluss des Staatschefs eben auch

- 7 -

diesem " mouvement républicain " hat Rechnung tragen wollen. Ob und wie eine Neubildung der Regierung in nächster Zeit zu erwarten ist, hängt von der Lösung der alles andere dominierenden Krise ab.

Der Eintritt von Kommunisten in das Befreiungskomitee in Algier, die Beseitigung von Girôd als Präsident und von einigen angesehenen Mitgliedern, wie Couve du Murville, haben jedenfalls den weitesten Kreisen der französischen Bourgeoisie die Augen geöffnet. Auch die Unruhen in Syrien und das Abrücken Englands von de Gaulle werden von der französischen Regierung propagandistisch ausgeschlachtet, und führen sichtlich zu einer Abkehr bürgerlicher Kreise von de Gaulle und zu einer Verminderung von dessen Prestige bei andern als ausgesprochenen Linkskreisen. Da diese aber in Frankreich selber schon sehr stark sind und immer stärker werden, so verfolgt man eben doch in weitesten Kreisen des Landes mit starker Genugtuung, dass de Gaulle immer mehr unter dem Einfluss der Sowietunion steht. Das alles verstärkt den innern Zwiespalt und die innere Spannung und damit auch die Besorgnisse aller guten Franzosen.

Ich nehme an, dass Sie durch unser Konsulat in Paris Kenntnis erhalten haben von dem niederträchtigen Angriff, den ein gewisser Martel am 6. November im " Paris-Soir" gegen die Schweiz gerichtet hat. Ich habe hiegegen sofort

...

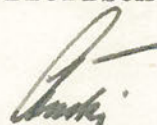
- 8 -

nach meiner Ankunft in schärfster Weise protestiert und diesen Protest heute erneuert. Ich hoffe, dass die Regierung in der genannten Zeitung eine Berichtigung veröffentlichen wird. Allerdings ist der Moment sehr ungünstig, da die geschilderten andern Sorgen diesen an sich kleinen Zwischenfall als unwichtig erscheinen lassen.

Zu Ihrer Orientierung füge ich in je zwei Exemplaren die mehrfach erwähnten Texte eines "acte constitutionnel" und der beabsichtigten Radioansprache des Staatschefs bei.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der schweizerische Gesandte :



2 Beilagen.

P.S. Wie ich soeben vernehme, hat sich die oben beschriebene Lage insofern etwas verändert, als von höchster deutscher Seite aus der Konflikt vorwiegend als solcher zwischen dem Staatschef und dem Regierungschef dargestellt und ein gewisses Desinteressement dokumentiert wird. Man sei bereit, den Marschall

...

St/AR

- 9 -

sprechen und den Gesetzestext erscheinen zu lassen, wenn dies von Marschall Pétain und Regierungschef Laval verlangt werde. Offensichtlich benützt man von deutscher Seite sehr geschickt die Erbitterung und die zunehmende Opposition Lavals, um sich dahinter zu verstecken. Man hat auf deutscher Seite eingesehen, dass, nachdem die beiden Texte im Publikum schon weitgehend bekannt sind, eine offene deutsche Opposition das Prestige des Marschalls gewaltig steigern würde. Ob eine klare Verständigung zwischen Deutschland und Laval gegen den Staatschef vorliegt, kann ich im Augenblick noch nicht beurteilen. Im übrigen wird von deutscher Seite, aber auch von Personen aus der Umgebung von Laval die Legalität der von Pétain beabsichtigten Massnahme bestritten, da dieser gar nicht das Recht habe, das alte Parlament, dessen Mitglieder zum Teil in Deutschland gefangen, zum Teil in Afrika, zum Teil geflüchtet sind, teilweise gar nicht erreichbar wären und deren Amtsdauer übrigens wenigstens teilweise abgelaufen sei, wieder einzusetzen.

1

ACTE CONSTITUTIONNEL RELATIF A LA
SUCCESSION DU CHEF DE L'ETAT

Nous, MARÉCHAL de FRANCE, CHEF de L'ETAT FRANÇAIS

Vu la loi constitutionnelle du 10 juillet 1940

DECRETONS :

Article Ier: Dans le cas où nous viendrons à décéder avant d'avoir pu faire ratifier par la Nation la nouvelle Constitution de l'Etat Français dont la promulgation par un ou plusieurs actes a été prévue par la loi constitutionnelle du 10 Juillet 1940, le pouvoir constitué mentionné par l'article VIII de la loi constitutionnelle du 25 Février 1875 fera retour au Sénat et à la Chambre des Députés, actuellement prorogés, dont la réunion constitue l'Assemblée Nationale.

Article II : Sont et demeurent abrogés pour l'application du présent acte toutes dispositions prises depuis le 10 Juillet 1940 qui porteraient atteinte à la jouissance et à l'exercice des droits de l'Assemblée Nationale.

Article III: Toutes dispositions contraires au présent acte sont et demeurent abrogées.

VICHY, le 13 NOVEMBRE 1943.

Vichy, le 13 Novembre 1943.

FRANÇAIS,

Le 10 Juillet 1940, l'Assemblée Nationale m'a donné mission de promulguer par un ou plusieurs actes, une nouvelle Constitution de l'Etat Français.

J'achève la mise au point de cette Constitution. Elle consilie le principe de la souveraineté nationale et le droit de libre suffrage des citoyens avec la nécessité d'assurer la stabilité et l'autorité de l'Etat.

Mais je me préoccupe de ce qui adviendrait si je venais à disparaître avant d'avoir accompli jusqu'au bout la tâche que la Nation m'a confiée.

C'est le respect de la légitimité qui conditionne la stabilité d'un pays. En dehors de la légitimité, il ne peut y avoir qu'aventures, rivalités de factions, anarchie et luttes fratricides. J'incarne aujourd'hui la légitimité française. J'entends la conserver comme un dépôt sacré et qu'elle revienne à mon décès à l'Assemblée Nationale de qui je l'ai reçue, si la nouvelle Constitution n'est pas ratifiée.

Ainsi, en dépit des événements redoutables que traverse la France, le pouvoir politique sera toujours assuré conformément à la loi.

Je ne veux pas que ma disparition ouvre une ère de désordres qui mettrait l'unité de la France en péril.

...

- 2 -

Tel est le but de l'acte constitutionnel qui sera promulgué demain au Journal Officiel.

Français, continuons à travailler d'un même coeur à l'établissement du régime nouveau dont je vous indiquerai prochainement les bases et qui seul pourra rendre à la France sa grandeur.

Maréchal Philippe PÉTAIN
Chef de l'Etat Français.